

über öffentliche Parteiversammlungen

Erfahrungen eines Referenten

Die öffentliche Parteiversammlung ist ein wichtiges Mittel, um die Arbeiter in den Betrieben, die Werktätigen und die übrige Bevölkerung in den Orten mit der Politik unserer Partei vertraut zu machen. Die Bevölkerung soll wissen, was unsere Partei zum Beispiel mit der Politik des neuen Kurses erreichen will, was sie darunter versteht, das Jahr 1954 zum Jahr der großen Initiative zu machen. Die öffentliche Parteiversammlung trägt dazu bei, die Verbindung mit der gesamten Arbeiterschaft und allen Werktätigen zu verbessern.

Die öffentliche Parteiversammlung ist aber nicht eine allgemeine Belegschaftsversammlung oder Einwohnerversammlung, sondern es handelt sich dabei um eine Veranstaltung, die von der Partei organisiert und vorbereitet wird, wo die Partei zu den Massen spricht.

Der Genosse Alfred Lantzsich schreibt im „Neuen Weg“ Nr. 22/1953 unter anderem: „Die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten zeigen jedoch, daß die Parteileitungen nur sehr zaghaft an die Durchführung der öffentlichen Parteiversammlungen herangehen.“ Das ist richtig! Der Mangel besteht aber nicht nur in der ungenügenden organisatorischen Vorbereitung, wenn die öffentlichen Parteiversammlungen nicht den gewünschten Erfolg bringen. Es geht doch bei diesen öffentlichen Parteiversammlungen nicht allein darum, daß der Besuch der Versammlungen gut ist, sondern darüber hinaus wollen wir doch erreichen, daß ein breiter Meinungsaustausch mit den parteilosen Menschen zustande kommt. Man muß also beides tun. Das heißt: Eine Parteiorganisation, in deren Bereich eine öffentliche Parteiversammlung durchgeführt werden soll, muß eine solche Vorbereitung treffen, daß einmal jedes Belegschaftsmitglied oder jeder Einwohner individuell, durch persönliches Ansprechen, eingeladen wird und daß zum anderen mit der Einladung jedem Belegschaftsmitglied oder jedem Einwohner genau erklärt wird, was der Sinn einer öffentlichen Parteiversammlung ist, und warum die Partei mit den Menschen eine Aussprache durchführen will. Das bedeutet, daß wir in jedem Betrieb, in jedem Ort und in jedem Wohngebiet eine solche Atmosphäre unter den Menschen schaffen müssen, daß sie sagen: „Wenn die Partei eine öffentliche Parteiversammlung durchführt, dann ist das etwas Besonderes, dann müssen wir hingehen, weil wir dort an der richtigen Stelle sind, wo wir unsere Meinung sagen, Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit bekommen und unsere Kritiken und Beschwerden anbringen können.“

Dazu ist aber eben erforderlich, daß den Menschen schon vorher klargemacht wird, warum die Partei öffentliche Parteiversammlungen durchführt. Die Wirksamkeit einer solchen Klarstellung hatten wir anlässlich einer öffentlichen Parteiversammlung in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Polleben im Kreise Eisleben.

Diese Versammlung fand in der Gastwirtschaft des Ortes statt. Es wurden nicht nur die LPG-Mitglieder, sondern auch die Einwohner des Ortes eingeladen. Der Parteisekretär des Ortes Polleben ließ mit Unterstützung des Genossen Bürgermeister Handzettel schreiben und

beauftragte dann mehrere Genossen, diese zu verteilen, wobei von diesen Genossen gleichzeitig auf die Bedeutung der öffentlichen Parteiversammlung unter besonderer Herausstellung des zu behandelnden Themas hingewiesen wurde. Der Parteisekretär der LPG in Polleben machte es aber nicht so, sondern gab sich mit einem allgemeinen Hinweis zufrieden. Das Ergebnis war dann, daß wohl 50 Einwohner des Ortes, aber nur vier LPG-Mitglieder zur öffentlichen Parteiversammlung erschienen. In der Diskussion zeigte sich das gleiche Bild, nämlich, daß nur Einwohner des Ortes sprachen, Anfragen stellten, Hinweise gaben und Mängel kritisierten, wogegen die Mitglieder der LPG nicht mit ihren Meinungen herauskamen.

Dieses Beispiel sollte aber auch den Referenten eine wichtige Lehre sein, denn es ist notwendig, daß sie zu Beginn ihrer Ausführungen genau erläutern, warum die Partei öffentliche Parteiversammlungen durchführt und was der Sinn und Zweck dieser Versammlungen ist. Ich habe in mehreren öffentlichen Parteiversammlungen gesprochen und dabei festgestellt, daß es viel wirksamer ist, wenn dazu vor der Behandlung des eigentlichen Themas etwas gesagt wird.

So wurde ich von der Bezirksleitung Halle beauftragt, als Referent in einer öffentlichen Parteiversammlung auf dem volkseigenen Gut in Bösewig, Kreis Wittenberg, zu sprechen. Um den Sinn und Zweck der öffentlichen Parteiversammlung zu erläutern, führte ich unter anderem aus: „Wir wollen uns heute unterhalten, was unsere Partei darunter versteht, wenn sie sagt: ‚Das Jahr 1954 muß das Jahr der großen Initiative werden/ Wir wollen beraten, was wir gemeinsam tun können, um unser Leben zu verbessern und in Frieden arbeiten zu können. — Wir wollen wissen, was ihr auf dem Herzen habt, um euch in der Arbeit zu helfen und wollen mit euch gemeinsam Mißstände beseitigen, die heute noch unsere Arbeit hemmen.‘ Damit war gleich der Kontakt hergestellt, wenn auch noch einige Landarbeiter den Eindruck erweckten, als ob sie doch noch etwas mißtrauisch waren.“

Was zeigte sich aber beim weiteren Verlauf dieser öffentlichen Parteiversammlung? Die Einschätzung, die mir die Genossen der Kreisleitung Wittenberg gegeben hatten, als ich mich nach der Situation im volkseigenen Gut Bösewig erkundigte, war falsch. Es wurde mir nämlich gesagt, daß die Landarbeiter wenig sprechen werden, und daß deshalb keine breite Diskussion zustande kommen werde. Als ich in der Kreisleitung nach der Ursache fragte, antwortete man mir, daß die Landarbeiter des volkseigenen Gutes nicht so gewandt sprechen können, sich deshalb nicht trauen, mit ihren Worten zu reden usw. Dabei zeigte sich in der Versammlung das Gegenteil. Erst wurde über einige nicht sehr wesentliche wirtschaftliche Fragen gesprochen, deren Behandlung aber trotzdem sehr wichtig war, weil es bisher über einige Unklarheiten in der Lohnfrage keine Aussprachen gegeben hatte. Dann kamen sie zaghaft mit Kritik heraus, die sich gegen bürokratische Arbeitsmethoden von Angestellten der VEAB richtete, und schließlich gab es sehr kritische Auseinandersetzungen über die Tätigkeit einiger Genossen